No Pasaran in Hellersdorf – Faschisten stecken Niederlage ein, Asylbewerber erhalten Solidarität von 1000 linken DemonstrantInnen



Sitzblockade von AntifaschistInnen gegen die Nazis auf dem Weg zur U5 Kaulsdorfer Straße.

An diesem Wochenende verhinderten an die 1000 GegendemonstrantenInnen – linke AnwohnerInnen, Flüchtlingsinitiativen, antifaschistische Gruppen und Mitglieder von SPD und LINKE – in Berlin-Hellersdorf einen Aufmarsch von ca. 100 Nazis und rassistischen AnwohnerInnen der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“. Durch mehrere Blockadepunkte, an denen sich auch REVOLUTION, Arbeitermacht und AktivistInnen des letzte Woche gestarteten „Revolutionären Lesezirkels“ an der Humboldt-Universität beteiligten, wurde die ursprünglich über das Asylbewerberheim geplante Route verhindert.

Die Nazis mussten stundenlang in einer engen Straße ausharren. Die Polizei hielt sich zunächst wegen der massiven Anwesenheit der Presse zurück. Die mehr oder weniger halbherzigen Versuche, die Blockaden zu räumen, scheiterten, führten jedoch zur Abführung von Blockieren durch die Polizei in den ersten Reihen.

Nachdem die Nazis zum Startpunkt der Demonstration zurück geleitet wurden, meldete dort Sebastian Schmidtke, der Landesvorsitzende der NPD, eine weitere Demonstration zum U-Bahnhof Kaulsdorf an. Auch auf dieser

Strecke versammelten sich wieder viele GegendemonstrantenInnen und bildeten mehrere Blockaden. Da jedoch bereits viele GegendemonstrantInnen bereits abgereist waren und die Presse nun nicht mehr so zahlreich anwesend war, scheute sich die Polizei nicht davor, mit massiver Gewalt gegen die Blockierer vorzugehen.

Sobald aber eine Blockade aufgelöst wurde, bildete sich wenige Meter danach eine neue, bis die Polizei ca. 150 Gegendemonstranten einkesselte, um weitere Blockaden zu verhindern. Nachdem auch die zweite Demonstration nach ca. 800m aufgelöst wurde, fuhr ein Großteil der Nazis nach Hause.

Nach Polizeiangaben waren etwa 600 Polizisten im Einsatz. Es gab mehrere, durch die Räumungen bedingte, Verletzungen. Es wurden 2 Nazis und 16 AntifaschistInnen festgenommen.

Alles in allem war die Aktion eine Niederlage für die Faschisten, die sich als die VertreterInnen der „Deutschen“ in Marzahn-Hellersdorf darstellen wollten, allerdings nur eine Handvoll Unterstützer gewinnen konnten und kaum einen Fußbreit vorwärts kamen. Auch wenn die Verhaftung der 16 AntifaschistInnen ein Wermutstropfen ist, der einmal wieder gezeigt hat, auf welcher Seite der Staat und die Polizei stehen. Ihnen ist die Verteidigung der „Meinungsfreiheit von Faschisten“ wichtiger als das Leben und Überleben von Flüchtlingen, die aus Ländern fliehen, in denen Krieg, Hunger und Ausbeutung, nicht zuletzt auch durch deutsches Kapital hervorgerufen, herrschen.

Uns, dass heißt mehr als 1000 GegendemonstrantInnen, war es an diesem Tag wichtig nicht nur die FaschistInnen zu stoppen, sondern auch Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen, einen gemeinsamen politischen Kampf von hier lebenden ArbeiterInnen und Jugendlichen und den hierher Geflüchteten Menschen aufzunehmen, für eine gemeinsame bessere Zukunft!

Proteste gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Stuttgart

„Nationalismus muss raus aus den Köpfen!“

Unter dieser Parole zogen am 03.Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“, einige hundert GegendemonstrantInnen durch die Stuttgarter Innenstadt. Insgesamt gab es zwei Demos, zu denen zwei verschiedene Bündnisse, ein „antinationales“ und ein „antikapitalistisches“, aufgerufen hatten.

Charakter der Demos

Da beide Demos in ihren jeweiligen Aufrufen gleichermaßen Nationalismus und Kapitalismus kritisierten, waren letztendlich beide Demos exakt gleich „antinationalistisch“ und „antikapitalistisch“ eingestellt. Sinnvoller wäre es gewesen, beide Demos zu einer zu vereinen und sich nicht gegenseitig die DemoteilnehmerInnen „wegzunehmen“. Dadurch wäre auf jeden Fall eine Demo entstanden, die nicht nur lauter sondern auch entschlossener gewesen wäre. Zudem hätte diese größere Demo mehr Aufmerksamkeit erreicht, als die beiden kleinen Demos, die jeweils nur aus 350 und 400 TeilnehmerInnen bestanden und auch die Koordinierung der Selbstverteidigung bei Angriffen durch Bullen wäre effektiver gewesen.

Angriffe auf die „antikapitalistische“ Demo und andere Repressalien

Während die „antinationale“ Demo abgesehen von üblichem Bullenspalier problemlos und nur durch eine kurze Unterbrechung, aufgrund eines angeblichen „Demo-Staus“ (welch Ironie!), durchgeführt werden konnte, wurde die „antikapitalistische“ Demo mehrmals von den anwesenden Hundertschaften angegriffen. Es wurde versucht, TeilnehmerInnen aus der Demo heraus zu verhaften, was jedoch verhindert werden konnte.

Diese Angriffe auf die „antikapitalistische“ Demo waren jedoch nicht die

einzige Repression, von der die Gegenproteste betroffen waren. Bereits am frühen Morgen des 03. Oktober wurde das Linke Zentrum Lilo Herrmann in Stuttgart-Heslach von Bullen umstellt und allen Personen, die sich zu diesem Zeitpunkt darin aufhielten, wurde die Festnahme angedroht, sobald sie das Haus verlassen wollten, sofern sie nach einer Personenkontrolle als „linke Straftäter“ identifiziert worden wären. Außerdem wurde eine ver.di-Jugendsekretärin in Unterbindungsgewahrsam genommen mit der Begründung, sie würde „Störaktionen gegen die Einheitsfeierlichkeiten planen und durchführen wollen“.

Kritik an den Protesten

Abgesehen von der Tatsache, dass eine Zusammenlegung der Demonstrationen Angriffe auf die Teilnehmer erschwert hätte, muss man auch die InitiatorInnen deutlich kritisieren. Hinter der „antikapitalistischen“ Demonstration stand die Revolutionäre Aktion Stuttgart (RAS), welche die Demo fast nur mit ihrem Umfeld bzw. ihr nahestehenden Gruppen durchgeführt und organisiert hat. Darüber hinaus war die RAS nicht dazu bereit, mit anderen Gruppen sowohl aus dem trotzkistischen, wie auch aus dem libertären/anarcho-kommunistischem Spektrum zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Aktion zu organisieren. Umgekehrt waren auch die InitiatorInnen der „antinationalen“ Demo zu keiner Zusammenarbeit mit der RAS und anderen Gruppen bereit.

Zudem hatte das „antinationale“ Bündnis in seinem Aufruf gefordert, nicht nur „gegen die Einheitsfeierlichkeiten“ und „gegen Deutschland“ zu sein, sondern bestand darauf, dass keine Fahnen von staatstragenden Parteien, Gewerkschaften oder Organisationen mitgeführt werden durften. Wer aber bewusst den Ausschluss der Massenparteien der Arbeiterklasse und der gewerkschaftlichen Organisationsorgane von Demonstrationen fordert, legt es auf eine sektiererische Veranstaltung radikaler, linker Kleingruppen an – Auf den Ausschluss läuft diese Forderung letztendlich hinaus. Das Bestreben eine revolutionäre Massenbewegung zu schaffen, kann nur durch erreichen größtmöglicher Teile der Masse gelingen und dazu wird die

Mobilisierungsfähigkeit eben dieser Organe benötigt. Grundsätzlich sollten Gruppen oder Personen, die sich unter einem revolutionären Aufruf gegen Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, sowie das kapitalistische Krisenmanagement versammeln, willkommene MitkämpferInnen sein.

Dies ist der zentrale Fehler, der von beiden Bündnissen gemacht wurde und der sich sehr häufig innerhalb der „radikalen Linken“ wieder findet. Zusätzlich hilft einem das stumpfe beschimpfen derjenigen, die sich auf dem Familienevent Einheitsfeierlichkeiten befinden, als „unreflektierte und unkritische NationalistInnen“ im Kampf gegen das System auch nicht weiter. Denn auch sie sind in erster Linie ArbeiterInnen, Jugendliche, prekär Beschäftigte und EmigrantInnen, die für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gewonnen werden müssen.

Ein Artikel von Christian Meyer, REVOLUTION Stuttgart

Kundus Massaker – Das war Mord!

Seit geraumer Zeit führt Deutschland wieder Krieg. Die Reformen der Bundeswehr ermöglichten es eine Interventionsarmee zu schaffen, die weltweit für wirtschaftliche Interessen eingesetzt werden kann.

Einer der Einsatzorte dieser Armee ist Afghanistan, unter dem Deckmantel der „Friedensmission“ führen westliche Mächte hier einen Krieg um Macht und Profit. Vor allem die Zivilbevölkerung wird zum Opfer des imperialistischen Krieges. Ob Folter durch Amerikanische Soldaten oder Fotos auf denen deutsche Soldaten mit abgetrennten Schädeln posieren, unmenschliche Verbrechen sind an der Tagesordnung.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Geschehnisse am 4. September

2009 am Kundus. Im deutschen Hauptquartier heißt es Terroristen haben zwei Tanklaster gekapert und planen nun mit diesen das Feldlager der Bundeswehr anzugreifen. Besagte Laster sind allerdings längst stehen geblieben und Zivilisten scharren sich um diese um an Treibstoff zu kommen.



Oberst Georg Klein sieht immer noch eine Gefahr in den Fahrzeugen und fordert Luftunterstürzung.

Ohne Rücksicht auf Zivile Verluste, befiehlt er ein Bombardement. Mehr noch: Auf die Frage ob er nun die Fahrzeuge oder die Menschenmenge bombardiert werden sollen befiehlt er explizit auf die Menge zu zielen!

134 Menschen wurden an diesem Tag ermordet.

Doch welche Konsequenzen hatte diese nach dem humanitären Völkerrecht als Kriegsverbrechen einzustufende Tat?

Georg Klein wurde befördert. Der Verteidigungsminister verteidigte das Bombardement als angemessen. 2010 wurden die Ermittlungen gegen Klein eingestellt. Die Hinterbliebenen wurden je Familie mit einer zynisch kleinen Summe von 5000€ entschädigt.

Das Massaker war das größte Verbrechen deutscher Truppen seit 1945 und muss auch als solches bewertet werden!

Stellt euch gegen Krieg und Militarismus, kommt am 30. Oktober alle um 10:30 zum Bonner Landgericht in dem das Verteidigungsministerium auf Schadensersatz verklagt wird! Setzt euch ein für:

- Angemessene finanzielle Unterstürzung der Familien der Opfer!
- Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und allen anderen Einsatzorten!
- Die Behandlung und Verurteilung Brigadegeneral Oberst Kleins als Kriegsverbrecher!

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich

Für ein freies Bildungssystem – Solidarität mit dem Streik der LehrerInnen am 21. Oktober in Berlin

Bildung statt Schule!

Aufruf von der linken SchülerInnezeitung Red Brain und REVOLUTION zum LehrerInnenstreik am 21.Oktober in Berlin

Unsere Klassen sind zu groß, die Materialien zu alt, der Unterricht zu belastend und die LehrerInnen gestresst. Ihr Alltag führt diese immer öfter zum Burnout. Darunter leiden nicht nur sie selber, sondern ebenso die Qualität unseres Unterrichts.
Der Senat steckt viel zu wenig Geld in unser Bildungssystem und diktiert zusätzlich noch unsere Lehrpläne. Damit wird LehrerInnen und uns nicht nur die Freiheit genommen, den Unterricht den Interessen der SchülerInnen anzupassen, auch das Lerntempo ist vorgegeben: Abitur in 12 Jahren bei maximalem Leistungsdruck durch Prüfungen und die Beschränkungen der Studienfächer nach Durchschnittsnoten. So werden wir darauf getrimmt, uns nach der Schule von der Wirtschaft möglichst effizient ausbeuten lassen zu können.

Auch die PISA-Studie hat wieder einmal gezeigt: Bildung ist abhängig von

der sozialen Herkunft. Je mehr die Eltern verdienen, umso wahrscheinlicher ist es, dass ihr Kind ein Abitur bekommen wird. Die Gliederung des Schulsystems „zur unterschiedlichen Förderung der SchülerInnen“ ist eine Farce, sie dient nur der Teilung der Gesellschaft.
Überall spüren wir, dass Banken wichtiger sind als unsere Bildung. Im Rahmen der Krise wurden Milliarden verpulvert, während am Bildungssystem zunehmend mehr gespart wird. Wir brauchen eine breite Bewegung gegen eine Bildung im Interesse der Reichen!
Es ist richtig, dass die LehrerInnen für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ streiken. Auch wir wollen streiken, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen!
Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen! Heraus zum Bildungsstreik, zum Kampf für ein besseres Bildungssystem!

– Kleinere Klassen mit max. 20 SchülerInnen – mehr LehrerInnen in allen Bildungseinrichtungen!
– Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
– Gesunde Arbeitsbedingungen der LehrerInnen und aller anderen!
– Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem – eine Schule für alle!
– Ein Bildungssystem, das nicht den Großkonzernen dient, sondern uns!

Treffpunkt: Montag 21.10.2013, um 10 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz (U2, M8)

Red Pepper – Revolutionärer

Tresen in Berlin Pankow

Am Mittwoch den 02. Oktober findet zum ersten mal im JUP der Tresen der Jugendorganisation REVOLUTION statt. Wir wollen euch von nun an, immer am ersten Mittwoch im Monat, mit (veganer) Küche, kalten Getränken und einem kulturell-politischen Programm ab 19 Uhr im „Unabhängigen Jugendzentrum Pankow – JUP“ im Café Stilbruch begrüßen.

Diesen Mittwoch gibt es eine (akustische) jam session, zu der wir euch herzlich einladen wollen. Einige Musiker sind bereits eingeladen und es wird Instrumente vor Ort geben. Doch wir laden euch dazu ein mitzumachen und eure eigenen Instrumente mitzubringen – oder einfach zuzuhören.

Außerdem gibt es im JUP natürlich einen Kicker, Gesellschaftsspiele und einen schönen Tresen.

Mit dem Tresen wollen wir dem Trend der Gentrifizierung entgegenwirken, der es vielen Jugendlichen immer mehr erschwert in der Innenstadt einen günstigen Zugang zu Kultur und sozialem Austausch zu finden. Außerdem möchten wir einen Raum bieten, in dem Jugendliche (und natürlich auch Erwachsene) gemeinsam diskutieren und Spaße haben können.

Wir freuen uns auf dich, deine Freunde und einen netten Abend, voll Spaß und interessanter Unterhaltungen.

Kontakt: germany[ät]onesolutionrevolution.de

Unsere regulären Ortsgruppentreffen finden immer jeden Montags ab 18 Uhr im JUP, 2. Stock, statt.

Solidarität mit kriminalisierten Antirassit*innen!

Am 10. März diesen Jahres verteilten Unterstützer*innen der Refugee Revolution Bus Tour in einem Kölner Flüchtlingsheim Flyer. Als sie das Gebäude wieder verließen erwartete sie schon die Polizei. Grundlos überfielen die Polizsten die Aktivist*innen, pügelten sie teilweise Krankenhausreif, setzten Hunde und Pfefferspray ein und nahmen sie anschließend fest.

Als wäre die Prügelorgie der Staatsmacht, die die Aktivist*innen teilweise schwer verletzte, nicht genug gewesen müssen sie sich jetzt noch vor Gericht verantworten, da einigen u.a. Hausfriedensbruch vorgeworfen wird.

Unsere Solidarität gilt allen, die dem Kampf um gleiche Rechte für Flüchtlinge führen und dabei ins Visier gewalttätiger, rassistischer Polizist*innen gerieten!

Die Situation der Flüchtlinge in Deutschland ist merh als miserabel. Wer es trotz „Grenzsicherrungsargenuren“ wie FRONTEX lebendig ins Land schafft, der darf sich nicht nur auf Hetze und körperliche Bedrohungen von Nazis von Nazis freuen, den erwarten auch marode Flüchtlingsheime, Abschiebehaft,

Residenzpflicht, bürokratische Schikane und nicht selten auch rassistische Polizeiübergriffe.

Die Forderungen nach Bleiberecht und Abschiebestopp sind für uns nur der Anfang. Wir von REVOLUTION fordern die volle Staatsbürgerschaft für alle, die in diesem Land leben möchten.

Refugees are very welcome!

Legal, illegal, scheißegal – Mit Steuerpolitik zum Reichtum

Seit Bestehen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und besonders im Zuge von Wirtschaftskrisen, wurde die Funktionalität des Systems heraufbeschworen. Es wurden Schuldige gefunden und verantwortlich gemacht: Schlechte Unternehmensführung, gierige Manager, zu starke staatliche Kontrolle, zu hohe Steuern… in dieser Krise schreckt man auch nicht davor zurück ganze Bevölkerungen kollektiv als korrupt und faul zu bezichtigen.

Umso wichtiger ist es, angesichts einer solchen Hetze, sich ein umfassendes Bild des Kapitalismus zu verschaffen und seine Rückschlüsse daraus zu ziehen. Die gängige Methode der Krisenbewältigung, war die Schaffung geeigneter Rahmenbedingung für die Wirtschaft und den Investmentbereich. Umgehend sollten Sozialhilfen und Löhne gesenkt, Stellen gestrichen und die Verschuldung durch drastisches Sparen im Staatshaushalt gestoppt werden – natürlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Demokratische Prinzipien wurden durch Marionetten-Regierungen ausgehoben, der auf neoliberale Politik pochende Finanzsektor bettelte um Staatshilfen – und bekam sie auch.

Im Zuge dieser ungeheuren Umverteilung von Vermögen, darf es nicht

unerwähnt bleiben, dass weiter Geschäfte gemacht, Rekordgewinne eingefahren, Bonis und Abfindungen bezahlt, sowie die Interessen von Profiteuren aller Art bedient werden. Doch hier liegt eben ein grundlegender Fehler des Systems: Es werden nur die Interesse der besitzenden Klasse gedeckt.

Die Verteilung des Reichtums bewegt sich immer weiter auseinander – ebenfalls einer der Grundzüge des Kapitalismus. Alle verabschiedeten Rettungs- und Konjunkturprogramme haben eines gemeinsam: Die Zeche wird nicht von den Profiteuren gezahlt! Dieser Artikel will speziell ein Augenmerk auf die Machenschaften der Konzerne und Unternehmen werfen – speziell im Zuge der Krise.

Der erste im Fokus ist kein geringerer, als der weltweit operierende Google-Konzern. Wie jedes andere Unternehmen im Kapitalismus, ist auch er von dem tendenziellen Fall der Profitrate betroffen und somit gezwungen immer neue Methoden zu ersinnen um seinen Profit zu sichern. „Double Irish with a Dutch Sandwich“ nennt sich der perfide Steuervermeidungsplan: Wer eine Anzeige bei Google schaltet, überweist sein Geld an eine irische „Tochter“ des Unternehmens, von dort wird es als Patentgebühr an eine Briefkastenfirma in den Niederlande überwiesen und wiederum zurückgeschickt an ein Unternehmen mit Firmensitz in Irland und dem Steuersitz in der Karibik. In Irland findet keine Besteuerung statt, da es innerhalb der EU weitergereicht wird, in den Niederlanden sind Patentgebühren steuerfrei und da der letztendlich Steuersitz auf den Bermudas keine Unternehmenssteuer erhebt, fallen auch keine Abgaben an. Voila, die Unternehmenseinnahmen bleiben unangetastet.

Der Technikmogul Apple verfährt recht ähnlich. Die Unternehmenstochter für Auslandsniederlassungen „Appel Operations International“ hat ihren Firmensitz in Irland, die Vorstandssitzungen finden jedoch in den USA statt. Das US-Steuerrecht greift erst wenn das Unternehmen seinen Firmensitz auch in den USA hat, das irische greift erst wenn das Unternehmen auch in Irland geführt wird. Faktisch fällt Apple zwischen den Stühlen durch und hat zwischen 2009-2012, trotz eines Umsatzes von 30 Milliarden, keine Steuererklärung abgegeben.

Der Kaffeekettenriese Starbucks hat sich ein verwirrendes Netz aus internem Geldverleih und Lizenzgebühren, zu zahlen an die Starbucks-Holding in den Niederlanden (Erinnerung: so gut wie steuerfrei), aufgebaut. Obwohl alleine in Deutschland ein Umsatz von 117 Millionen erwirtschaftet wurde, führte man ein Minus von 5,3 Millionen Euro zu Buche – interne „Firmenschulden".

Um noch einige weitere Unternehmen zu nennen, die in ähnlicher Art verfahren: Amazon, BASF, Bayer, Mercedes, GM, VW…Diese Liste ließe sich wahrscheinlich unendlich fortsetzen. Die gewerkschaftsfeindlichen und menschenverachtenden Methoden die diese Unternehmen obendrein an den Tag legen, sollen nicht unerwähnt bleiben, würden jedoch den Rahmen sprengen.

Die Spitze der Dreistigkeit weist ein weiteres weltbekanntes „Unternehmen" auf: Die Fifa – ein gemeinnütziger Verein und als solcher auch besteuert. Seinen Sitz hat der Verband in der Schweiz und wird dort wie jeder andere Verein behandelt, sei es nun der Angelsport- oder der Gesangsverein. Laut dem Arbeiterhilfswerk Solidar Suisse nahm der „nichtgewinnorientierte Verein" bei der Fußball WM 2010 einen Gewinn von 2,35 Milliarden Franken ein, zahlte zwischen 2007-2013 jedoch lediglich 3,1 Millionen an Steuern. Die Forderungen an die Austragungsstaaten für die WM 2018 und 2022 beinhalten absolute Steuerbefreiung – man zahle schließlich bereits in der Schweiz.

Diese Aufgeführten Unternehmen sind weder besonders kapitalistisch, noch unter Leitung besonders teuflischer Manager. Im Gegenteil, sie verhalten sich wie jedes andere Unternehmen auch: Profitmaximierung um jeden Preis! Die verbindende Gemeinsamkeit: Ihre Steuervermeidung ist absolut legal. Es handelt sich dabei nicht um Steuerbetrug, wie denn auch, wenn das gleiche Ergebnis doch auch im Rahmen der vorherrschenden Gesetze erreicht werden kann. Laut dem OECD Generalsekretär belaufen sich die dadurch vermiedenen Ausgaben auf ca. 1 Billion Euro, alleine in Europa. Da sich ca. 60% des Welthandels konzernintern abspielen, kann davon ausgegangen werden, dass diese Zahl vielmehr als Minimum anzusehen ist.

Gleichzeitig kam es innerhalb der letzten Jahrzehnte europaweit zu

Senkungen der Steuersätze. Durch die Agenda 2010 sank der Spitzensteuersatz von 53% auf 42%, die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge greift mit gerade mal 25%. Zusammen mit den Veränderungen durch die große Koalition belaufen sich die Steuernachlässe in Deutschland auf ca. 45 Milliarden Euro – selbstverständlich nur für den vermögenden Teil der Gesellschaft, denn wer wenig besitzt ist von diesen Änderungen ausgeschlossen.

Trotz der immensen Wirtschaftskrise, findet dieses Spiel unter den Augen der Öffentlichkeit und der Schirmherrschaft der Politik statt. Für uns als Jugendliche, als Angehörige der Klasse der Werktätigen ist diese Tatsache ein Schlag ins Gesicht. Während tagtäglich hunderte ihre Arbeit verlieren, von Armut und Verelendung bedroht sind, weltweit zunehmend Menschen an Hunger sterben, erdenken sich Unternehmen und Politik immer weitere Möglichkeiten ihr Ausbeutersystem effizienter zu gestalten. Vermögende Steuerhinterzieher bekommen bei Selbstanzeige absolute Straffreiheit garantiert. Hier ist keine Besserung noch Hilfe zu erwarten. Der Kapitalismus trägt jedoch auch seinen eigenen Zerfall in sich: Überfüllte Absatzmärkte, Umweltzerstörung, fallende Profitraten, Konkurrenzdruck und Konzernherrschaft, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, Zerstörung sozialer Sicherheitssysteme, Zerstörung von Demokratiebestrebungen, Entrechtung der Arbeiterschaft etc. sind alles Begleiterscheinung dieses Systems und werden letztendlich zu seinem Zusammenbruch führen.

Für uns als Klasse bedeutet es dieser Entwicklung zu begegnen, sie zu unseren Gunsten voranzutreiben und aus diesem sozialen Kampf als gestärkte und erfahrene Klasse hervorzugehen. Politik und Kapital werden nicht nach unseren Interessen handeln, folglich liegt es an uns für unsere Rechte zu kämpfen.

- Schluss mit der Diktatur der Troika und EZB in Europa, Schluss mit der Umsetzung der Spardiktate Unbefristeter Generalstreik gegen die kollektive Ausbeutung der Klasse
- Brecht die Macht von Politik und Kapital Schluss mit der Standortpolitik und Unternehmensbegünstigungen, keine Steuerentlastung Betriebsschließungen durch Besetzung verhindern,

Selbstverwaltung statt Entlassung.
- Bringt die Wirtschaft unter Kontrolle der Beschäftigten Gründung von ArbeiterInnen-Räten in den Betrieben, Kontrolle der Belegschaft über die Firmengeschäfte, keine Bereicherung der Herrschenden Klasse mehr
- Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, Unterstützung und Solidarität mit den sozialen Kämpfen weltweit.

Ein Artikel von Baltasar Luchs, REVOLUTION Karlsruhe

Wie kann man nur hassen, dass Menschen sich lieben ?! – Homophobie in Frankreich und Russland

Überall auf der Welt sind homosexuelle Menschen von gesellschaftlicher Diskriminierung und staatlicher Repression betroffen. In über 70 Ländern sind homosexuelle Handlungen verboten, in sieben steht darauf sogar die Todesstrafe. Zwar sind in bisher 14 Ländern, darunter auch erzkatholische Staaten wie Spanien oder Portugal, gleichgeschlechtliche Eheschließungen möglich, dennoch spüren gerade homosexuelle Jugendliche, ob in der Schule oder auf der Straße, täglich Diskriminierung und Ausgrenzung. So ist es nicht verwunderlich, dass die Selbstmordrate von homosexuellen Jugendlichen allein in Deutschland 7-mal höher ist als die von heterosexuellen.

Aber was ist eigentlich Homophobie? Unter Homophobie oder auch Heterosexismus versteht man im Allgemeinen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bi-Sexuellen und Transgendern. Diese Abwertung von

homosexuellen Partnerschaften entspringt historisch aus der Idealisierung der patriarchalen bürgerlichen Familie, welche ursprünglich der Sicherung des angehäuften Kapitals diente. Heterosexismus hat sich aber auch für die herrschende Klasse in kapitalistischen Krisen immer wieder als bewehrtes Mittel zur Spaltung der Arbeiter*innenklasse erwiesen.

In den letzten Wochen und Monaten sind, was das Thema Homophobie angeht, zwei Staaten besonders in den Vordergrund gerückt. Die Rede ist von Frankreich und Russland. Interessant dabei sind auf den ersten Blick die Auslöser für diese reaktionäre Welle.

Die Lage in Frankreich

Eine Demonstration für LGBT Rechte in Paris

Kommen wir zunächst zu der homophoben Massenbewegung in Frankreich. Am 23. April trat das vom Staatschef Hollands vor der Wahl versprochene Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe in Kraft. Dieses Gesetz erlaubt

gleichgeschlechtlichen Paaren zu heiraten und Kinder zu adoptieren. Die Verabschiedung dieses Gesetzes sorgte schon im Vorhinein für landesweiten Proteste und Gegenkampagnen. Christliche Fundamentalisten, Faschisten, aber auch

„normale“ Bürger gingen zu Hunderttausenden auf die Straßen um gegen die „Mariage pur tos“, die gleichgeschlechtliche Ehe zu protestieren. Während dieser reaktionäre Mob auf die Straße ging wollten viele ihren Worten auch Taten folgen

lassen. Dabei war nicht jede Aktion so begrüßenswert wie der Selbstmord des faschistischen Publizisten Dominique Venner, der sich aus Protest gegen die Homo-Ehe und einer angeblichen Islamisierung Frankreichs in der berühmten Pariser Kathedrale Notre-Dame erschoss. So stiegen beispielsweise die gewalttätigen Übergriffe gegen Schwule und Lesben in

der Folgezeit um mehr als 30%. Trauriges Symbol hierfür ist ein Foto, welches der Niederländer Wilfred de Bruijn (siehe Bild) veröffentlicht hatte, nachdem er in Paris von mehreren Männern zusammengeschlagen wurde. Der Grund für den Übergriff war das Händchenhalten mit einem anderen Mann. Es ist nicht verwunderlich, dass die erste offizielle

gleichgeschlechtliche Ehe nur unter einem massiven Polizeiaufgebot und diversen Sicherheitsmaßnahmen geschlossen werden konnte.

Inzwischen sind die Proteste vorläufig etwas abgeklungen. Was bleibt ist ein tiefer Spalt innenhalb der Arbeiter*innenklasse.

Russland – anderes Gesetz, gleiche Wirkung

Russland gilt schon lange als ein nicht gerade homosexuellenfreundliches Land. Noch unter stalinistischer Herrschaft wurden sexuelle Handlungen zwischen Männern mit bis zu fünf Jahren Gefängnis oder Zwangsarbeit bestraft. Zwar ist Homosexualität seit 1993 legal, dennoch werden homosexuelle Paare von staatlicher Seite nicht anerkannt, Händchenhalten oder Küsse in der Öffentlichkeit sind ein absolutes Tabu. Regelmäßig werden die CSD-Paraden und andere

Angriffe auf Homosexuelle sind in Russland alltäglich.

Demonstrationen für die Rechte von Schwulen und Lesben von Faschisten und der Polizei angegriffen. Diese Art der Diskriminierung schien dem Kreml aber noch nicht auszureichen und so verabschiedete die Duma einstimmig mit einer Enthaltung am 11. Juni eine Gesetz zum Verbot von „Homosexueller Propaganda“. Dieses Gesetz sieht vor, dass jede positive Äußerung über Homosexualität in Gegenwart von Minderjährigen unter Strafe gestellt wird. Somit darf auch im

Fernsehen oder Internet nicht mehr positiv über Homosexualität berichtet werden. Bei Verstößen drohen hohe Geldstrafen (bis zu 25000 Euro) und

Ausländern sogar die Ausweisung. Durch dieses Gesetz wird LesBiSchwulen Organisationen ihre Arbeit quasi unmöglich gemacht, Journalisten wird es kaum noch möglich sein, über homophobe Übergriffe zu berichten und eine breite Aufklärung für Jugendlich über Sexualität wird gänzlich wegfallen. Der schlimme Nebeneffekt dabei ist außerdem, dass die neue Bestimmung den homophoben Teilen der Bevölkerung weiteren Rückenwind gegeben hat. Tatsächlich sind die Übergriffe auf Homosexuelle und politischen Aktivist*innen gestiegen. Neben der Regierung liefert auch die Christlich-Orthodoxe Kirche mit ihrer homophoben Propaganda immer wieder den Nährboden für solche Taten. Es ist offensichtlich, dass der Kreml mit der Hetze gegen Homosexuelle von dem eigenen Versagen, Korruption Justizwillkür und weiterem Demokratieabbau ablenken will. Dafür ist der Regierung jedes Mittel Recht.

Wir von REVOLUTION sind gegen Homophobie und Heterosexismus, daher treten wir ein für:

– Für die Legalisierung und gegen die Diskriminierung von Homo- und Transsexualität!

– Für einen Aufklärungsunterricht, der nicht vom Heterosexismus geprägt ist!

– Für das Recht von Homo- und Transsexuellen auf organisierte Selbstverteidigung und auf eigene Strukturen innerhalb der Arbeiter*innenbewegung

---

+++ Antifaschist in Athen

ermordet +++

Pavlos Fyssas, ein 34jähriger griechischer Antifaschist, auch bekannt als Rapper „Killah P“, wurde letzte Nacht in Athen erstochen. Er war mit ein paar Freunden im Viertel Piraeus unterwegs, als ihn eine Gruppe von FaschistInnen entdeckte. Sie jagten ihn die Straße hinunter, an deren Ende zehn weitere AngreiferInnen auftauchten und Pavlos umzingelten. Kurz darauf hielt ein Auto neben ihnen, der Fahrer stieg aus und stach ihm ein Messer ins Herz und in den Unterleib.

Während des gesamten Szenarios war die DIAS (griechische Polizeieinheit mit Motorrädern) anwesend, die jedoch erst einschritt, als die meisten der AngreiferInnen schon geflüchtet waren. Zwar wurde der Mörder, der sich zur neo-faschistischen Partei Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“)bekennt, festgenommen und hat seine Tat auch schon gestanden, der Krankenwagen erschien aber erst nach 35 Minuten und im Krankenhaus von Nikea konnte nur noch Pavlos Fyssas’ Tod festgestellt werden.

Dieser Vorfall zeigt eines deutlich: Die FaschistInnen in Griechenland machen vor nichts mehr Halt und der Staat ist auf dem Rechten Auge blind.

Kein Wunder, denn die Hälfte aller EinsatzpolizistInnen gibt offen ihre Sympathien für Chrysi Avgi zu! Bereits letzte Woche wurden in derselben Gegend schon Mitglieder der KKE (Kommunistische Partei) brutal angegriffen, alles unter Billigung der Polizei.

All das sind keine „besonders schlimmen Einzelfällen“, es ist mittlerweile Alltag in Griechenland. In öffentlichen Verkehrsmitteln, auf dem Weg nach Hause oder zur Arbeit werden linke AktivistInnen, GewerkschafterInnen und vor allem MigrantInnen bedroht, angegriffen und terrorisiert.

Obwohl es auch vorher schon deutlich genug war, zeigt Pavlos Tod, wie notwendig die Organisierung von Selbstverteidigung gegen die FaschistInnen ist. Schon als unsere Solidaritätsdelegation von REVOLUTION letzten Juli in Athen war, nahmen wir an einer überwältigenden

Demonstration pakistanischer MigrantInnen teil, deren Bezirk pogromartig angegriffen wurde. Schon damals zeigten die Baseballschläger, die die DemonstrantInnen dabei hatten, dass sie um ihr Leben fürchten und bereit sind, es zu verteidigen.

Aber was tut die Linke Griechenlands? Die Meinungen sind geteilt. Einige Gruppen organisieren Demonstrationen und Antirassismus-Konferenzen, andere wiederum behaupten, die FaschistInnen verlieren immer mehr an Einfluss und seien kaum noch ernst zu nehmen. Wir nehmen eine faschistische Partei, die nach Umfragen die drittpopulärste im Lande ist, ernst. Aber noch ernster nehmen wir die Forderungen all derer, die unter ihnen zu leiden haben.

Die Zeit der moralischen Empörung und der symbolischen Demonstrationen ist vorbei!

Was wir brauchen in Griechenland sind Selbstverteidigungsstrukturen, die von allen Gewerkschaften, linken und migrantischen Organisationen und Parteien organisiert werden, allen voran SYRIZA.

Die Instanzen des bürgerlichen Staates bieten keinen Schutz mehr vor solchen Angriffen, weil sie selbst darin involviert sind. Erneut wird deutlich, dass der Kapitalismus keine Lösungen für solche Probleme bietet, weil er selbst das Problem ist!

Während in den Medien darüber spekuliert wird, ob Chrysi Avgi ein möglicher Koalitionspartner für Nea Dimokratia wäre, werden unsere GenossInnen von ihnen auf der Straße ermordet.

Seit heute morgen finden in Griechenland Demonstrationen statt, gleichzeitig gibt es eine erneute Streikwelle. Diese müssen vorangetrieben, ein unbefristeter Generalstreik muss von den Gewerkschaften organisiert und der Sturz der Regierung voran getrieben werden! Die Situation in Griechenland schreit nach einem revolutionären Umsturz und einem Ende der Knechtschaft durch die herrschende Bourgeoisie. Alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte müssen die sich entladende Energie bündeln und zu Macht verwandeln. Nur so können sie den Menschen wirklichen helfen,

und den Weg zu einer gerechten Zukunft ebnen!

Wir solidarisieren uns mit den AntifaschistInnen und AntikapitalistInnen in Griechenland, die auf der Straße sind um ihre Trauer und ihre Wut auszudrücken!

Wir unterstützen euch, bei euren Bestreben, diesem menschenunwürdigen System ein Ende zu machen!

ONE STRUGGLE – ONE FIGHT!

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

Aufbruch und Zerfall – 75. Jahrestag der Gründung der Vierten Internationale

Vor einigen Tagen jährte sich die Gründung der vierten Internationale zum 75. mal. WIr veröffentlichen hier einen Artikel aus der „Neuen Internationale" der Zeitung der „Liga für die 5. Internationale", einer internationalen kommunistischen Arbeiterorganisation, mit der wir in politischer Solidarität stehen.

1917 brach in Russland der Sturm der proletarischen Revolution in Europa los. Doch der Verrat der Sozialdemokratie und die politische Unreife und Schwäche des Kommunismus führten zur Isolierung der jungen Sowjetunion.

Das Steckenbleiben der internationalen Revolution führte auch zu einer Verschiebung des sozialen und politischen Kräfteverhältnisses in der Sowjetunion. Eine politische Kaste, die Sowjetbürokratie, konnte sich der Errungenschaften der Oktoberrevolution bemächtigen und die politische

Macht monopolisieren. Ihr Aufstieg und ihre Machtergreifung sind untrennbar mit der politischen Degeneration der sowjetischen Innen- und Außenpolitik und der Kommunistischen Internationale (Komintern) verbunden.

Der Internationalismus der frühen Komintern und des Bolschewismus wurde durch Stalins reaktionäre und utopische Politik des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ ersetzt.

Die Politik der Stalin-Bürokratie schwankte über ein Jahrzehnt lang zwischen rechts-opportunistischen Positionen (z.B. in der chinesischen Revolution) und ultra-linken Phasen (Sozialfaschismus-Theorie). Selbst nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland zeigten sich weder die KPD noch die Komintern zu ernsthafter Selbstkritik fähig.

Stattdessen erfolgte ein krasser politischer Schwenk. War der Stalinismus bis Mitte der 1930er Jahre durch das Schwanken zwischen Reform und Revolution im Weltmaßstab gekennzeichnet, so erfolgte ab Mitte der 1930er mit der “Volksfrontpolitik” der endgültige Übergang ins Lager des Reformismus.

Gegen die Degeneration der Komintern hatte sich schon früh Widerstand formiert. Doch nur die Linke Opposition um Trotzki verfolgte von Beginn an ein Programm zur Wiederherstellung der Komintern auf revolutionärer, leninistischer Basis, was ihre Programmatik und ihr inneres Regime anging.

Die Linke Opposition

Trotzki ging es nicht in erster Linie um Kritik an Stalin, sondern v.a. um die Verteidigung und Weiterentwicklung des politisch-programmatischen Erbes der Kommunistischen Internationale, insbesondere deren erster vier Kongresse.

„Die revolutionäre Politik kann nicht ohne revolutionäre Theorie entwickelt werden. Es geht hier keineswegs darum, ganz von vorne anzufangen. Wir stellen uns auf den Boden von Marx und Lenin. Die ersten Kongresse der Kommunistischen Internationale haben uns ein unschätzbares

programmatisches Erbe hinterlassen: die Charakterisierung unserer Epoche des Imperialismus, d.h. des Niedergangs des Kapitalismus; die Natur des zeitgenössischen Reformismus und die Methode des Kampfes gegen ihn; das Verhältnis zwischen Demokratie und proletarische Diktatur; die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution; das Verhältnis zwischen der Partei und dem Kleinbürgertum, besonders der Bauernschaft (Agrarfrage); die nationale Frage und der Kampf der Kolonialvölker für ihre Befreiung; die Arbeit in den Gewerkschaften; die Politik der Einheitsfront; die Haltung zum Parlamentarismus usw.; alle diese Fragen waren im Laufe der Arbeit der vier Kongresse Gegenstand von Analysen und prinzipiellen Erklärungen, die in keinem Punkt überholt sind." (Trotzki, 17.8.33)

Bis 1933 hatte die Internationale Linksopposition noch den Kampf für die Gesundung der Kommunistischen Internationale ins Zentrum gestellt. Der Sieg des Faschismus zeigte dann jedoch, dass sie als Instrument zum Sturz des Weltkapitalismus vollends verloren und nicht reformierbar war.

Nun wurde der Kampf für den Aufbau einer neuen, Vierten Internationale aufgenommen. Bei aller Verschiedenheit der Aufbauphasen und Taktiken zieht sich ein roter Faden durch die Politik Trotzkis: die Verbindung programmatischer und politischer Unnachgiebigkeit mit taktischer Flexibilität (Blöcke mit nach links gehenden Zentristen, Entrismus in reformistische Parteien, Taktik der Arbeiterpartei …).

Für die Vierte Internationale!

„Wie auch immer eine neue Internationale Form annehmen wird, welche Stadien sie durchlaufen wird, welche abschließende Form sie annehmen wird – das können wir heute nicht voraussagen. Ja, es gibt keine Notwendigkeit, das zu wissen. Das wird die Geschichte zeigen. Aber es ist notwendig, damit zu beginnen, ein Programm zu proklamieren, das den Aufgaben der historischen Epoche entspricht. Es ist notwendig, Mitstreiter auf der Basis dieses Programms zu mobilisieren, die Vorkämpfer einer neuen Internationale. Ein anderer Weg ist nicht möglich." (Trotzki, Writings 35-36, S. 159)

Das Programm, so Trotzki, ist die Partei. Es ist die wissenschaftlich begründete Zusammenfassung der bisherigen historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse. Es ist ein Programm, das von den objektiven Verhältnissen ausgeht und daraus ableitet, welche Aufgaben die Arbeiterklasse hat, welche Taktiken und Methoden die Avantgarde der Klasse anwenden muss, um die Massen zum Sieg zu führen.

„Was ist nun die Partei? Worin besteht ihr Zusammenhalt? Dieser Zusammenhalt ist das gemeinsame Verständnis der Ereignisse, der Aufgaben; und dieses gemeinsame Verständnis – das ist das Programm der Partei", so Trotzki.

Ein solches Programm muss nach Trotzkis Auffassung von der objektiven Lage ausgehen.

„Überall frage ich, was sollen wir tun? Unser Programm der objektiven Lage oder der Mentalität der Arbeiter anpassen?" (Diskussion zum Programm, S. 67)

Trotzki Antwort darauf ist eindeutig, ja kategorisch:

„Jetzt treten die Vereinigten Staaten in eine vergleichbare Lage (wie Europa; die Red) ein, mit vergleichbaren Gefahren einer Katastrophe. Die objektive Lage des Landes ist in jeder Hinsicht und sogar mehr als in Europa reif für die sozialistische Revolution und für den Sozialismus, reifer als die jedes anderen Landes der Welt. Die politische Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter ist sehr groß. Diese ist der Ausgangspunkt unserer Aktivität. Das Programm muss die objektiven Aufgaben der Arbeiterklasse eher ausdrücken als die Rückständigkeit der Arbeiter. Es muss die Gesellschaft widerspiegeln so wie sie ist, und nicht die Rückständigkeit der Arbeiter." (Diskussion zum Programm, S. 57)

Trotzki folgt damit dem Gebot von Marx und Luxemburg, dass KommunistInnen ihre Ziele offen und klar darlegen müssen. Es geht darum zu sagen, „was ist" – was notwendig ist, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen. Dazu muss sich die Avantgarde der Klasse, müssen sich die bewusstesten Teile des Proletariats in einer revolutionären Partei

organisieren – auf Basis eines solchen Programms, das sowohl der Partei (der Führung wie den Mitgliedern) als auch der Klasse die Überprüfung ihrer Politik erlaubt (so wie auch die Partei im Lichte der Erfahrung ihr Programm modifizieren wird).

Für Trotzki ist das Programm eine Anleitung zum Handeln, eine Anleitung, die „Tageskämpfe“ der Arbeiterklasse, ja alle Formen des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung mit dem Kampf um die Eroberung des Macht zu verbinden. Daher knüpft er an der Methode der Übergangsforderungen an, wie sie schon bei Marx im “Kommunistischen Manifest” erscheinen.

Auch die Kommunistische Internationale hatte nach dem Abebben der Revolution nach 1918/19 begonnen, den Defensivkampf und die Abwehrfront gegen Angriffe der Kapitalisten mit Übergangsforderungen zu verbinden, um so eine Brücke zum Kampf für den Sozialismus zu schlagen.

Unter Übergangsforderungen verstehen wir Forderungen wie „Arbeiterkontrolle über die Produktion” usw., die allesamt in Richtung Schaffung von Doppelmachtorganen (Räte, Arbeitermilizen, Streikkomitees) der Klasse weisen und auf Dauer mit dem Fortbestand des Kapitalismus unvereinbar sind.

Die zentrale Bedeutung der Übergangsforderungen ist im Gründungsprogramm der „Vierten Internationale“ klar dargelegt.

Übergangsmethode

Ein „Übergangsprogramm“ muss sowohl aus aktuellen, unmittelbaren ökonomischen und politischen Forderungen, aus Maximalforderungen wie auch aus Übergangsforderungen bestehen, die eine Brücke schlagen zwischen dem aktuellen Bewusstsein der Klasse, das vorwiegend reformistisch oder gewerkschaftlich geprägt ist, und dem Kampf um die Macht.

Dieser neue Typ von Programm macht jedoch nur aus dem Blickwinkel der sozialistischen Revolution Sinn. Für jeden Reformismus ist die Überwindung

von Maximal- und Minimalprogramm sinnlos, da die Machtergreifung ohnedies nicht angestrebt wird.

Ebenso wenig macht es für Sektierer Sinn, die meinen, ohne Taktik, ohne die Heranführung und Gewinnung der Massen in der theoretischen und praktischen Konfrontation mit Reformisten und Gewerkschaftsführern nur durch reine „Kritik“ und „Aufklärung“ die ArbeiterInnen gewinnen zu können.

Programm und Partei jedoch sind Kampfinstrumente, um die Führung der Klasse zu erringen. Dazu ist ein taktisches Arsenal nötig, das den Kampf gegen reformistische, kleinbürgerliche etc. Strömungen (einschließlich einer Bündnispolitik gegen Imperialismus und Kapital) überhaupt ermöglicht.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Gründung der Vierten Internationale war Trotzkis Bestehen darauf, dass die revolutionäre Partei von Beginn an international aufgebaut werden muss. Jedes Warten nach dem Motto „Zuerst nationale Parteien – danach internationaler Zusammenschluss” würde von Beginn an die Gefahr der Nationalborniertheit beinhalten – und damit der Wiederholung der nationalen Anpassung von Sozialdemokratie und Stalinismus.

Die Gründung

Der Aufbau einer revolutionären Internationale ergibt sich also folgerichtig aus dem Charakter des Imperialismus, als Niedergangsstadium, als Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus. Das Proletariat kann zwar in einem oder einer Reihe von Ländern siegen – der Übergang zum Sozialismus, zur klassenlosen Gesellschaft ist aber nur im internationalen Rahmen möglich. Daher ist auch die internationale Verbindung der revolutionären ArbeiterInnen von Beginn an so wichtig.

Die Vierte Internationale entstand im September 1938 als Organisation von Propagandaorganisationen und kleinen Avantgardeparteien. Ihre Gründung war aber trotz ihrer geringen Größe notwendig und korrekt. Ein weiteres Hinauszögern der Gründung hätte nicht – wie Kritiker meinen – zu einem späteren, besseren Start mit „mehr Masse“ geführt, sondern Isolation,

Verwirrung und Schwäche der Avantgarde nur noch verstärkt.

Dass die Vierte Internationale nicht zur Massenkraft wurde, spricht nicht gegen das Projekt, sondern eher für die verstärkte Schlagkraft ihrer politischen Gegner und die Fähigkeit des Kapitalismus, im Verbund mit dem Stalinismus die Weltordnung nach 1945 auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu stabilisieren.

Eine spätere Gründung der "Vierten", ein Warten auf das Anwachsen nationaler Parteien usw. hätte nicht geholfen, sondern bestenfalls zur Wiederholung des Fehlers der sozialistischen Linken vor und während des Ersten Weltkriegs geführt: einer verspäteten fraktionellen und programmatisch fundierten Sammlung.

Die "Vierte" basierte auf einer politischen Perspektive. Der nahende imperialistische Weltkrieg wurde korrekt vorausgesehen. Seine barbarischen Konsequenzen wie der Holocaust wurden von Trotzki schon in den 1930er Jahren erkannt.

Degeneration

Die Vierte Internationale ging davon aus, dass der Krieg auch zu einem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion führen und sich zeigen würde, dass die Stalin-Bürokratie zur Verteidigung des Landes gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration unfähig wäre. Entweder, so Trotzki, würde der Arbeiterstaat zerschlagen und der Kapitalismus wieder restauriert oder aber – und dafür kämpfte die "Vierte" – eine politische Revoltion stürzt die Bürokratie und bringt die Arbeiterklasse wieder an die Macht.

Zudem sah man voraus, dass der Krieg mit einer Reihe von Kolonialaufständen gegen den britischen, französischen und japanischen Imperialismus einhergehen würde.

Ähnlich wie die InternationalistInnen im ersten Weltkrieg ging die „Vierte" davon aus, dass der imperialistische Krieg von einem reaktionären Völkergemetzel zu einem Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie transformiert werden könne und müsse.

Die letzte Phase des Weltkriegs und die unmittelbare Nachkriegsperiode verdeutlichen das reale revolutionäre Potential in Europa und in den imperialisierten Ländern.

Doch entgegen Trotzkis Annahme konnte sich der Stalinismus behaupten und sogar ausweiten. Das Überleben das Stalinismus und die Neuordnung der imperialistischen Welt unter Führung der USA sowie die aufgrund der riesigen Kapitalvernichtung und massiven Niederlagen der Arbeiterklasse geschaffenen Voraussetzungen für einen ökonomischen Aufschwung führten Ende der 1940er zu einer konterrevolutionären Stabilisierung der Weltlage.

Auf diese Änderung der Weltlage war die Vierte Internationale nicht vorbereitet. Die wichtigsten ihrer Führer und Sektionen weigerten sich hartnäckig, diese neue Situation ernsthaft zu untersuchen. Aus der Einschätzung von 1938 wurde ein Fetisch gemacht.

Konterrevolutionäre Stabilisierung

Deutlich zeigte sich das darin, dass ein weiterer Weltkrieg als unmittelbar bevorstehend betrachtet wurde und die Zeichen für einen Aufschwung der US-Wirtschaft und ihre hegemoniale Rolle negiert wurden (insbesondere von der SWP in den USA).

Das Überleben und umso mehr die Expansion des Stalinismus desorientierten die „Vierte“ komplett. Der Bruch Titos mit Stalin und die unter den jugoslawischen Stalinisten von oben bürokratisch durchgeführte Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung eines von Beginn an degenerierten Arbeiterstaates führte die „Vierte“ 1948 zur Anpassung an den Stalinismus.

Tito hätte aufgehört, ein „Stalinist“ zu sein. Daher wären dort eine politische Revolution und der Aufbau einer revolutionären Partei nicht mehr nötig. In anderen Ländern wurde den Anhängern Titos die Fusion angeboten.

Die Vierte Internationale erklärte Tito zum „unbewussten (!) Revolutionär“, der entgegen seiner eigenen Absicht vom „objektiven Prozess“ (dem Druck

der Arbeiterklasse, der Zuspitzung und Krise der Weltlage) dazu gezwungen worden sei (und mit ihm der stalinistische KP-Apparat!), den Weg der proletarischen Revolution einzuschlagen.

Dieser heute sonderlich anmutende Bruch mit der Analyse des Stalinismus wurde in den folgenden Jahren auch von den Abspaltungen der "Vierten" nicht ausreichend analysiert und daher oft genug wiederholt.

Wenn der objektive Prozess Tito in die Arme der Weltrevolution treiben konnte, warum nicht auch solche Figuren wie Mao, Castro, Ben Bella, Nasser oder Daniel Ortega? Warum sollte der "objektive Prozess", wenn Stalinisten „revolutioniert" werden konnten, nicht auch an Sozialdemokraten, an (klein)bürgerliche Nationalisten, an der Studentenbewegung, der Ökologiebewegung etc. Wunder vollbringen?!

Der Kampf für ein revolutionäres Programm wurde so folgerichtig zweitrangig. Wichtiger wurde die „Verschmelzung" mit „Avantgarden" – bei Verzicht auf den Kampf ums Programm.

1953 zerbrach dann die Vierte Internationale und "existiert" heute nur noch in Form vieler Splitter. Politisch hörte sie schon davor, am 3. Weltkongress 1951, auf, revolutionär zu sein, als die Politik gegenüber Tito kodifiziert wurde.

Die diversen „Vierten Internationalen" degenerierten zu zentristischen Organisationen, die zwischen Reform und Revolution schwankten und über die Jahrzehnte auch ein ansehnliche Mischung von opportunistischen, aber auch ultra-linken Schwenks hervorbrachten.

Anders als der Zentrismus von Arbeiterparteien wie der deutschen USPD oder der spanischen POUM konnte sich der Zentrismus der Reste der "Vierten" jedoch jahrzehntelang am Leben erhalten. Warum? Weil die "Vierte" (anders als z.B. die USPD) bis auf wenige Ausnahmen von der Arbeiterklasse isoliert blieb und es keine revolutionäre Organisation gab, die den Zentrismus von Links bedrängt hätte.

Im Gegenteil: die revolutionäre Kontinuität – programmatisch,

organisatorisch, personell – zerriss nach 1951 – für inzwischen über sechs Jahrzehnte! Der Grund dafür liegt darin, dass die verschiedenen subjektiv-revolutionären Gruppierungen, die sich nicht zuletzt auch in Form von Abspaltungen aus diesem oder jenem Fragment der "Vierten" gebildet hatten, unfähig waren, zu den Wurzeln des politischen und organisatorischen Scheiterns der "Vierten" vorzudringen und sie aufzuarbeiten.

Dahinter steht eine Leugnung des wissenschaftlichen Charakters des Programms und der Notwendigkeit, revolutionäres Klassenbewusstsein "von außen" in die Klasse zu tragen, wie es Marx und Lenin postuliert hatten. Diese Sicht unterstellt, dass die Klasse aufgrund ihres „Arbeiterseins" revolutionäres Bewusstsein spontan hervorbringen würde.

Schließlich gehen viele von einer Art „trotzkistischer Familie" aus, die nur wieder gekittet werden müsse, ohne dass ein programmatischer Neuanfang nötig wäre. Inzwischen ist die Geschichte reich an prinzipienlosen Fusionen und Spaltungen, die allesamt keinen Schritt aus dem Dilemma heraus geführt haben.

Lehren

Ohne einen grundsätzlichen Bruch mit der zum Zentrismus degenerierten „Vierten Internationale" ist das revolutionäre Erbe Trotzkis, ist die Methode des Übergangsprogramms nicht zu retten.

Dieses Prinzip des "programm first" war maßgebend für die Entstehung unserer internationalen Tendenz, der Liga für die Fünfte Internationale (L5I) bzw. ihrer Vorgängerin, der LRKI. Wir bestanden auf einer genauen Analyse des Scheiterns der "Vierten", der Aufarbeitung der revolutionären programmatischen Errungenschaften und der Neuerarbeitung der Programmatik. Wir bestanden auf dem demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip und der Schaffung einer von Beginn an internationalen Organisation.

Für die 5. Internationale!

Die Finanzkrise von 2008 und die aktuelle Krise Europas, die Revolutionen in

den arabischen Ländern und die Massenproteste in Südeuropa zeugen davon, dass wir in einer revolutionären Periode leben, die von tiefen Krisen, großen gesellschaftlichen Erschütterungen, massiven sozialen Angriffen, von vorrevolutionären und offen revolutionären Situationen geprägt ist.

Jeder Mensch, der sich ernsthaft darüber Gedanken macht, wie die Angriffe von Kapitalisten und Regierungen gestoppt werden können; alle, die imperialistische Kriege und Besatzungen beenden wollen; jeder fortschrittliche Mensch, der die großen Probleme unserer Zivilisation – Hunger, Armut, Umweltzerstörung – lösen will, wird feststellen, dass es zwar immer wieder an vielen Orten Widerstand gegen die Herrschenden und ihre Politik gibt, dass aber keine international koordinierte Bewegung existiert.

Dieser aktuellen Lage versuchen wir als kleine internationale Strömung Rechnung zu tragen, indem wir uns unterschiedlichen Neuformierungsprozessen der Arbeiterklasse zuwenden.

Schon vor Krisenausbruch 2008 begannen große Teile der Arbeitervorhut, sich neuen ‚antikapitalistischen' Parteien zuzuwenden oder hegten Hoffnungen auf linksreformistische Kräfte als Alternative zu den neoliberalen Parteien. Das zeigt,
dass ArbeiterInnen und Jugendliche nach einer politischen Alternative Ausschau halten, nach antikapitalistischen Parteien und Organisationen.

RevolutionärInnen müssen an der Seite dieser Militanten arbeiten. Das kann Eintreten für die Bildung neuer Arbeitermassenparteien bedeuten, Eintritt in eine bestehende Massenpartei oder Kampf für die Einheit mit antikapitalistischen und sozialistischen Organisationen, die den Aufbau neuer Parteien als Alternative zum Reformismus anstreben.

Aber die Erfahrung lehrt, dass solche Parteien durch die Prüfungen des Klassenkampfes nicht bestehen, sich als ungeeignet für die Herausbildung einer revolutionären Führung erweisen, wenn sie sich nicht auf einem revolutionären Programm, auf revolutionärer Strategie und Taktik gründen. In der augenblicklichen Lage werden linksreformistische Organisationen wie Syriza oder zentristische Organistionen wie die NPA schnell auf den

Prüfstand des Klassenkampfs gestellt. Die Krise mit ihren scharfen politischen und wirtschaftlichen Wendungen prüft alle Programme in kurzer Zeit, enthüllt nicht nur den bürgerlichen Charakter des Reformismus, sondern auch die Sackgasse aller Bemühungen um Kompromisse zwischen reformistischen und revolutionären Programmen und Strategien.

Sektionen

Deshalb streiten die Sektionen und Mitglieder der Liga für die 5. Internationale auf solidarische Weise für den Erfolg solcher Konstellationen, z.B. in Pakistan mit der Teilnahme an der Awami Workers Party, in Deutschland am Aufbau einer neuen antikapitalistischen Organisation (NaO), in Britannien durch die Arbeit in „Left Unity".

Wir schlagen den antikapitalistischen, sozialistischen, kommunistischen u.a. linken Organisationen dringend eine Debatte und eine Zusammenarbeit vor, die gemeinsam für Klassenkampfmethoden in der Arbeiterbewegung und demokratische Koordinationen des Widerstands gegen Kürzungspolitik, Krieg, nationale Unterdrückung, Rassismus und Faschismus vorgeht. Wir schlagen gleichzeitig vor, dass jene Organisationen, die sagen, dass sie sich für eine antikapitalistische Alternative zum Reformismus stark machen wollen, sich auf Diskussionen um das Programm und die Organisation einlassen, die die Arbeiterklasse brauchen, um sich an die Spitze des Kampfes stellen zu können.

Darin, wie in allen anderen Interventionen lassen wir uns von Marx´ Aussage leiten, dass es Kommunisten hassen, ihre Überzeugungen zu verschleiern. Wir stehen offen für ein revolutionäres Programm von Übergangsforderungen. Mit Trotzki erkennen wir die erste Pflicht von RevolutionärInnen an: die Wahrheit auszusprechen, „zu sagen, was ist" und v.a. zu sagen, was notwendig ist, um die Arbeiterklasse zu gewinnen: Eine neue, 5. Internationale, eine Weltpartei der sozialistischen Revolution!

Ein Artikel von Martin Suchanek, Neue Internationale 182, September 2013